

Hinterzimmer vs. Geheime Wahl

Das höchste Gericht im Land Berlin ist der Verfassungsgerichtshof. In Paragraf 2 ist geregelt, wer für die Wahl der Richter zuständig ist. „Der Präsident, der Vizepräsident sowie die weiteren Richter des Verfassungsgerichtshofes werden vom Abgeordnetenhaus in geheimer Wahl ohne Aussprache mit Zweidrittelmehrheit auf die Dauer von sieben Jahren gewählt.“ Es ist das Wesen unserer Demokratie, dass Wahlen frei und geheim stattfinden, so wie es in Artikel 38 des Grundgesetzes steht.

Üblich ist auch, dass Kandidaten von den Parteien vorgeschlagen werden. Für die Wahl von drei Verfassungsrichtern, darunter die Präsidentin, hatten in Berlin die SPD, CDU und Die Linke das Vorschlagsrecht. **Ludgera Selting**, bisherige Vizepräsidentin, ist seit gestern die neue Präsidentin des Verfassungsgerichtshof Berlin. Das Vorschlagsrecht hatte die SPD. Die Frage, warum welche Parteien ein Vorschlagsrecht haben, konnte unsere Recherche im Internet nicht klären. Vielleicht weiß es jemand von unseren Lesern, dann könnten wir diesen Beitrag ergänzen.

Jedenfalls ist die Kandidatin der SPD mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit gewählt worden. Das gleiche trifft auf den Vorschlag der CDU, **Christian Burholt**, zu. Durchgefallen ist allerdings die Kandidatin der Linken, **Lena Kreck**. Frau Kreck ist Dozentin der Evangelischen Hochschule Berlin. Als linke Kaderschmiede ist die Hochschule bislang nicht aufgefallen.

Viel spannender ist die Liste aktueller und ehemaliger (ehrenamtlicher) Autoren des Magazins „Prager Frühling.“ Dort taucht Frau Kreck in guter Gesellschaft auf, zum Beispiel mit dem Grünen **Hans-Christian Ströbele**, oder dem Linken **Benjamin Hoff**, Chef der Staatskanzlei in Mecklenburg-Vorpommern, und seinem ehemaligen SPD-Kollegen aus Berlin **Björn Böhning**. Auch die Linken Politiker **Harald Wolf**, **Katina Schubert**, **Klaus Lederer** und **Petra Pau** schrieben und schreiben für das Magazin. Besonders neckisch ist die Erwähnung von **Karl Marx** und **Lenin** in der Autorenliste, mit Sicherheit ohne Einverständnis der Verblichenen.

„prager frühling“ ist eigenen Angaben zufolge „eine linke Dritteljahreszeitschrift im Magazinstil. Sie ordnet sich der politischen Linken zu. prager frühling möchte linke politische Themen, Diskussionen und Trends intellektuell und kulturell ansprechend, der Form nach witzig-spritzig sowie argumentativ dezi-

diert antiborniert veröffentlichen. Alltagskulturelle Phänomene sind daher ebenso Thema des Magazins wie hochpolitische Themen der linken Debatte. Das Magazin bildet insofern eine Schnittstelle von linker Debatte zu Alltagsverstand und Alltagskultur der LeserInnen.“ Gefunden haben wir einen Beitrag von **Lena Kreck** aus dem Jahre 2012: „Kinder machen ist nicht schwer - Schwangerschaftsvorsorge dagegen sehr.“ Wer hätte das gedacht. Das eine dauert drei Minuten, das andere neun Monate, sagen Fachleute.

„Statt Hinterzimmerabsprachen brauchen wir mehr denn je transparente Entscheidungsprozesse und Kandidaten mit einer überparteilichen Reputation. Unsere Demokratie nimmt Schaden, wenn wir aus dem heutigen Eklat nicht die entscheidenden Lehren ziehen.“, sagt **Sebastian Czaja**, der Vorsitzende der FDP-Fraktion. Fast alles richtig, bis auf Hinterzimmer. Denn so kann man die Fraktionssäle von SPD, CDU und Linke nicht bezeichnen. Dort nämlich haben sich die zwei Kandidatinnen und der eine Kandidat vorgestellt, ohne dass Bedenken von den Abgeordneten geäußert wurden. CDU-Fraktionschef **Burkard Dregger** soll auch kein Signale in Richtung Linke abgegeben haben, deren Kandidatin nicht zu wählen.

Im Abgeordnetenhaus sitzen 160 Frauen und Männer, 38 gehören der SPD an, 27 der Linken und ebenfalls 27 den Grünen. Das macht 92, 107 bräuchte man für eine Zweidrittelmehrheit. Die CDU verfügt über 31 Abgeordnete, die FDP über 12, die AfD 22 und drei gehören keiner Fraktion an. 152 waren am Reformationstag im Abgeordnetenhaus anwesend, 86 haben für Frau Kreck gestimmt, 63 dagegen. Obwohl es bei einer geheimen Wahl nicht möglich ist, herauszufinden, wer wie abgestimmt hat, spricht natürlich viel dafür, dass die Gegenstimmen aus dem Lager der Opposition kommen, vor allem aus der CDU, deren Kandidat SPD, Linke und Grüne mitgewählt haben.

Die Empörung war groß. Den Fraktionschefs **Udo Wolf** (Linke), **Antje Kapek** (Grüne) und **Raed Saleh** (SPD) konnten ihre Wut nicht verbergen, als sie vor der Presse standen und die CDU an diesem hohen kirchlichen Feiertag am liebsten auf den Scheiterhaufen geworfen hätten. Ist wirklich das Ansehen des Verfassungsgerichtshof beschädigt worden? Nein, aber das Ansehen der Parlamentarier, die es nicht hinbekommen, ihre obersten Richter zu wählen.

Raed Saleh hat seit der Amtsübernahme von **Kai Wegner** bei der CDU einen Rechtsruck festgestellt. Mag sein. Auf jeden Fall hat sich die Abneigung gegenüber der Linken verfestigt. Dafür kann man ein gewisses Verständnis haben, will doch diese Partei

aus Berlin eine „sozialistische Stadt“ machen, also Ost-Berlin 2.0 für ganz Berlin? Die CDU braucht dringender denn je ein Feindbild, weil sie sich gegenwärtig in einem erbärmlichen Zustand befindet. Was sich zur Zeit auf Bundesebene abspielt, ist eine Blaupause aus dem Willy-Brandt-Haus.

In Thüringen träumt der große Wahlverlierer **Mike Mohring** tatsächlich davon, Ministerpräsident einer Minderheitsregierung von CDU, SPD, Grünen und FDP zu werden. Ob die FDP tatsächlich in den Landtag einziehen wird, ist noch gar nicht sicher. Eine Minderheitsregierung aus diesem Bündnis hätte 39 Mandate, das bisherige aus Linke, SPD und Grünen 42. 46 braucht man für eine Mehrheit. Wie stellt sich Herr Mohring das vor? Duldung von der AfD? Eine Duldung der Linken könnte er sowieso vergessen. Mohrings Idee ist abenteuerlich und unrealistisch. In anderen Bundesländern sind Spitzenkandidaten wegen geringerer Verluste zurückgetreten. Mit 11,7 Prozent Minus sollte Mohring den Weg frei machen für einen Neustart der CDU in Thüringen. **Carsten Sieling** (SPD) ist in Bremen nach einem Verlust von 7,9 Prozent zurückgetreten.

Für oder gegen jemand zu stimmen, ist das Recht jeden Wählers. Es ist auch das Recht der Fraktionen, Absprachen zu treffen, um eine notwendige Zweidrittelmehrheit herzustellen, gerade, wenn es um so wichtige Ämter wie Richter am Verfassungsgerichtshof geht. Die CDU wollte jedoch nicht über ihren Schatten springen. Ein taktischer Fehler. Wann immer die CDU für einen ihrer Kandidaten im Abgeordnetenhaus mal eine einfache oder Zweidrittelmehrheit benötigt, wird R2G nach dem alten texanischen Motto „Remember the Reformation Day!“ verfahren.

Ja, die Linke ist die Nachfolgepartei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Sie entstand am 16. Juni 2007 durch Verschmelzung der SPD-Abspaltung „Wahlalternative soziale Gerechtigkeit WASG“ und der „Partei des Demokratischen Sozialismus PDS“. Letztere ging im Juni 2005 durch Umbenennung aus der SED-Nachfolgepartei PDS hervor, die, im Interesse einer neuen bundespolitisch wirkenden Linken in Deutschland` erfolgte. *Wikipedia*

Persönlichkeiten wie **Sahra Wagenknecht** haben nicht gerade dazu beigetragen, in der Linken eine Erneuerung zu sehen. Das Misstrauen den Absichten dieser Partei gegenüber ist groß, teilweise zu Recht. Es war geradezu ein historischer Fehler, dass aus den Ruinen der SED die Linke entstand. Schlussstrich und Gründung einer neuen linken Partei, das wäre der bessere Weg gewesen. Natürlich gab es Gründe, diesen Weg nicht zu gehen. Ein Schelm, der an das Parteivermögen der SED denkt.

Man muss aber auch mal die Kirche im Dorf lassen. Die Linke besteht heute ja nicht nur aus unverbeserlichen Altkommunisten, sondern auch aus jüngeren linken Politikern, die sich in der SPD nicht wohlfühlen würden. **Sebastian Schlüsselburg**, 1983 in Charlottenburg geboren, sagte uns 2006 in einem Interview, dass er sich für die Linkspartei entscheiden habe, „weil sie die einzige Partei ist, die konsequent für Frieden und gegen Sozialabbau eintritt.“ Auch **Udo Wolf**, 1962 in Frankfurt am Main geboren, kann man nicht nachsagen, Alt-Sozialist zu sein, ebenso nicht **Philipp Bertram**, 1991 in Dresden zur Welt gekommen. Höchstens bei der Chefin der Linken, **Katina Schubert**, 1961 in Heidelberg geboren, hat man den Eindruck, dass ein Bild von Lenin über ihrem Bett hängt. In Summe machen aber die Jungen die heutige Linke aus. Darunter viele gute Leute, die die SPD gern in ihren Reihen hätte.

Nicht nachvollziehbar ist, dass die Abneigung der CDU gegenüber der Linken so groß ist, dass man nicht gemeinsam mit ihr, der SPD, den Grünen und sogar der FDP einer Entschließung zum dreißigsten Jahrestag des Mauerfalls zustimmen wollte.

Machen Sie sich selbst eine Bild von diesem Text, den bis auf die CDU und AfD alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien unterschrieben haben:

30 Jahre nach der friedlichen Revolution feiert Berlin in diesem Jahr ein Fest der Freude über das Ende der Diktatur und der Teilung unserer Stadt.

Mit der friedlichen Revolution im Herbst 1989 und dem Fall der Mauer wurde das Ende der Spaltung Berlins, Deutschlands und Europas eingeläutet. Die Menschen in der DDR wollten nach 40 Jahren SED-Diktatur und 28 Jahren der Teilung Berlins durch die Mauer Demokratie, Selbstbestimmung und Freiheit. Die friedliche Revolution in der DDR konnte nur gelingen, weil es auch in anderen osteuropäischen Ländern neue Bewegungen von unten gab, die für Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit kämpften, so etwa die Gewerkschaft Solidarnosc in Polen und die Charta 77 in der Tschechoslowakei. Aber auch die Veränderungen in der Sowjetunion, die mit dem Generalsekretär Gorbatschow verbunden werden, trugen dazu bei, den Traum von der Demokratie Wirklichkeit werden zu lassen.

Die Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich im Sommer 1989 war ein großer Schritt, der vielen Menschen in der DDR und Osteuropa Hoffnung gab. Die danach einsetzende starke Fluchtbewegung aus der DDR dokumentierte gleichzeitig, dass so viele Menschen sich ein anderes Leben wünschten und die Hoffnung aufgegeben hatten, dies innerhalb der DDR zu erreichen.

Die Aufdeckung der staatlichen Wahlfälschung am 7. Mai 1989 in Berlin war eine Initialzündung für die Opposition in der DDR selbst. Die Montagsdemonstrationen in Leipzig im September und Oktober 1989 für Reformen und Freiheit waren eine starke Bewegung, die der Weltöffentlichkeit zeigte, wie groß der Veränderungswille der Bevölkerung geworden war. Die Gründung von Bürgerbewegungen wie etwa dem Neuen Forum in Grünheide bei Berlin oder der SDP in Schwante durch Oppositionelle dokumentierte, dass Menschen sich öffentlich organisieren und für Veränderungen in der Gesellschaft werben wollten. Diese Menschen haben großen Mut bewiesen und viel riskiert.

Der Protestzug am 7. Oktober 1989 vom Alexanderplatz zur Gethsemanekirche war die größte Demonstration in Berlin gegen Wahlfälschung, SED und Staatsführung seit dem Volksaufstand im Juni 1953. Gewalt und willkürliche Verhaftungen durch Volkspolizei und Ministerium für Staatssicherheit am 7. und 8. Oktober konnten nicht verhindern, dass Menschen unter dem Ruf „Wir sind das Volk“ friedlich für Reformen in der Gesellschaft und für Freiheitsrechte demonstrierten.

Am 4. November 1989 fand in Berlin die erste genehmigte Demonstration in der DDR statt, die nicht von der Partei- und Staatsführung ausging. Mehrere hunderttausend Menschen demonstrierten für das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Diese Rechte hatte es in der DDR zuvor nur auf dem Papier gegeben. Am 4. November 1989 wurden sie endlich Wirklichkeit, weil die friedliche Revolution erfolgreich war.

Der 9. November 1989 war der Tag, als die Mauer aufging. Sie öffnete sich jedoch nicht von selbst, sondern die Staatsmacht der DDR musste ihr Grenzregime, das sich mit Stacheldraht und Schießbefehl gegen die eigene Bevölkerung gerichtet hatte, nach 28 Jahren aufgeben. Dass dies auf friedlichem Wege geschah, verdient mit Blick auf die deutsche Geschichte besondere Würdigung.

Denn in dem Datum des 9. November spiegeln sich in der deutschen Geschichte Freude und Hoffnung ebenso wie Verbrechen, Mord und Schande. Am 9. November 1918 wurde die erste Deutsche Republik ausgerufen. Die Novemberrevolution 1918 führte das Deutsche Reich von einer konstitutionellen Monarchie in eine parlamentarisch-demokratische Republik. 20 Jahre später, am 9. November 1938, wurden auf Geheiß des nationalsozialistischen Regimes Synagogen angezündet und geplündert, jüdische Menschen erschlagen, verhaftet und in Konzentrationslagern verschleppt. Diese Verbrechen, die in Krieg und Völkermord an sechs Millionen europäischen

Juden mündeten, mahnen uns zur Verantwortung. Umso mehr als wir derzeit erleben, dass menschenfeindliche Parolen bis in die Mitte der Gesellschaft wieder hoffähig werden. Rechtem Populismus, Kräften, die die Verbrechen der NS-Diktatur nachträglich zu relativieren suchen, Antisemiten, die den Holocaust oder die deutsche Verantwortung für den Massenmord an den europäischen Juden verharmlosen oder leugnen und das friedliche Zusammenleben bedrohen, stellen wir uns gemeinsam entgegen. Der entschiedene Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und israelbezogene Judenfeindschaft ist deshalb mit dem Kampf um Demokratie und Menschenrechte unteilbar verknüpft.

Die Botschaft von 1989 ist Demokratie, Selbstbestimmung, Freiheit und vor allem Gewaltlosigkeit in der politischen Auseinandersetzung. Und genau dafür steht Berlin mit der übergroßen Mehrheit seiner Bürgerinnen und Bürger.

Aus der Vergangenheit erwächst die Verpflichtung, für die Zukunft und den Frieden in Europa zu arbeiten. Wir wollen weiterhin gute Nachbarn sein und setzen uns auch künftig für gute Beziehungen und den Austausch insbesondere mit unseren osteuropäischen Partnern und Freunden ein. Ebenso stehen wir in der Pflicht, Menschen zu helfen, die in anderen Ländern politisch verfolgt und denen jene Freiheitsrechte vorenthalten werden, die in Berlin seit 1989 für uns alle gelten.

In der deutschen Hauptstadt ist das Zusammenwachsen von Ost und West mit all seinen Chancen, aber auch den Schwierigkeiten, direkt erlebbar, ein Prozess, der nicht immer ohne Fehler verlief. Hier, wo sich die Grenze quer durch die Stadt zog, wirkt die Trennung noch heute nach – in der Infrastruktur ebenso wie in den Biografien der Menschen. Die friedliche Revolution von 1989 war ein Neuanfang auch für das ehemalige Westberlin. Die unterschiedlichen Wurzeln der Menschen, ihre vielfältigen Biografien und Erwartungen sind der Stoff, aus dem unsere Stadt lebt und sich entwickelt. In diesem Prozess alle mitzunehmen, wird eine andauernde Herausforderung bleiben.

Berlin hält die Erinnerung an die Teilung der Stadt und an die Demokratiebewegung von 1989 wach. Die Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße, die ehemalige Haftanstalt der Staatssicherheit in Hohen Schönhausen oder der entstehende Campus für Demokratie in Lichtenberg sind Orte, an denen über die Diktatur und ihre Überwindung informiert wird. Diese Orte und viele weitere in Berlin sind Symbol dafür, dass Freiheit nicht selbstverständlich ist.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch